

Die Demokratie ist wehrhaft! Rechtsstaatliche Mittel gegen die AfD nutzen

Adressat*innen: SPD Landtagsfraktion, SPD Bundestagsfraktion, SPD Parteivorstand

Beschluss des Landesvorstandes vom 20.1.2024

Die Bayerische SPD spricht sich für einen Prüfauftrag beim Bundesverfassungsgericht zur Überprüfung der Verfassungskonformität der AfD aus.

Begründung:

Die Sozialdemokratie steht in einer langen Tradition im Kampf gegen Faschismus und rechte Kräfte. Die SPD war die einzige Partei, die gegen das Ermächtigungsgesetz von Hitler gestimmt hat. Während der NS-Diktatur wurden zahlreiche Sozialdemokrat*innen ermordet und verfolgt. Unsere Geschichte ist uns nicht nur Mahnung, sondern bestimmt auch unser Handeln in der Gegenwart.

Daher ist für uns klar: wenn die Voraussetzungen für einen Prüfauftrag zur Verfassungskonformität der AfD vorliegen, dann muss er beim Bundesverfassungsgericht auch gestellt werden.

Die AfD ist eine Gefahr für unsere Demokratie. Die Überprüfung ihrer Verfassungskonformität zu beantragen ist daher keine Maßnahme gegen einen politischen Mitbewerber, sondern eine Intervention zum Schutz unserer Demokratie. Die Mittel und Wege des Grundgesetzes zu einer wehrhaften Demokratie müssen genutzt werden, wenn sie in Gefahr ist.

Die aktuellen Recherchen des Recherchenetzwerks Correctiv haben zu Recht eine große mediale Resonanz erfahren und zu Demonstrationen in ganz Deutschland geführt. AfD-Abgeordnete und Vertraute von AfD-Spitzenfunktionär*innen hatten sich mit Mitgliedern der Identitären Bewegung und anderen Rechtsextremen sowie potenziellen Geldgebern getroffen, um eine groß angelegte Deportation von deutschen Staatsbürger*innen und Geflüchteten zu planen. Unter den Teilnehmenden war auch die Bayerische AfD-Bundestagsabgeordnete Gerrit Huy. Dies erinnert an die dunkelsten Zeiten unserer Geschichte.

Aus unserer Sicht ist dieses Treffen ein weiteres Ereignis, das uns davon überzeugt, dass die AfD gegen unser Grundgesetz und gegen unsere Demokratie arbeitet. Ihre demokratiefeindlichen Bestrebungen sind seit Jahren dokumentiert. Die Nachwuchsorganisation Junge Alternative (JA) gilt als Kaderschmiede der Rechten. Sie gilt als gesichert rechtsextremistisch. Gleiches gilt für die Landesverbände Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt. Die Gesamtpartei ist als rechtsextremistischer Verdachtsfall eingestuft. Einer der wichtigsten Akteure der Partei ist Bernd Höcke. Er gilt ohne jegliche Zweifel als Faschist und ist sowohl in der Parteispitze als auch in weiteren rechtsextremen Organisationen bestens vernetzt.

Aber auch in Bayern ist die Demokratiefeindlichkeit der AfD klar zu erkennen. Mit dem Landtagsabgeordneten Halemba hat die AfD jemanden in den Landtag geschickt, der faschistische Ansichten vertritt und deswegen auch strafrechtlich verfolgt wird. Darüber hinaus feierten auf Einladung von AfD Landtagsabgeordneten Mitglieder verfassungsfeindlicher Organisationen im Bayerischen Landtag und zeigten dabei das „White Power“-Zeichen. Bayern ist das einzige Bundesland, in dem der Verfassungsschutz auch einzelne Abgeordnete der AfD offen überwacht.

Es ist Zeit zu handeln und wir fordern alle demokratischen Kräfte auf sich uns anzuschließen.